



## **Integrationsausschuss**

### **9. Sitzung (öffentlich)**

7. Juni 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 14:54 Uhr

Vorsitz: Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**5**

Im Ausschuss regt sich kein Widerstand gegen den Vorschlag der Obleute, die Berichte der Landesregierung „Sachstandsbericht staatliches Asylsystem für das erste Quartal 2023“ und „Sachstandsbericht Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren 1. Quartal 2023“ als TOP 4 in die Tagesordnung aufzunehmen.

#### **1 Vorstellung der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) der Universität Duisburg-Essen und Bewertung des Ergebnisses der Wahlen in der Türkei (Präsentation s. Anlage)**

**6**

– Gespräch mit Yunus Ulusoy  
(Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung)

**2 Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts stärkt unsere Demokratie – Der Landtag muss die Pläne der Bundesregierung unterstützen und die Voraussetzungen für schnelle Einbürgerungen in NRW schaffen 17**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4362

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag am 30.08.2023 abschließend zu beraten und abzustimmen.

**3 Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung 18**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3655

Schriftliche Anhörung  
Stellungnahmen  
18/511, 18/513, 18/519,  
18/522, 18/523, 18/526,  
18/527, 18/529, 18/533,  
18/536, 18/539, 18/546,  
18/547, 18/551

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

**4 Sachstandsbericht staatliches Asylsystem für das erste Quartal 2023 21**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1324

In Verbindung mit:

## **Sachstandsbericht Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren 1. Quartal 2023**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1332

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

### **5 Verschiedenes**

**24**

hier: **Delegationsreise nach Kanada**

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Obleute, vom 26.05.2024 bis 01.06.2024 eine Delegationsreise nach Québec und Ontario in Kanada durchzuführen, mit den Stimmen aller Fraktionen zu. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilen sich wie folgt auf die Fraktionen:

CDU	4
SPD	3
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2
FDP	1
AfD	1

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser** informiert, die Landesregierung habe mit Schreiben vom 07.06.2023 darum gebeten, heute den Quartalsbericht Staatliches Asylsystem 1/23 und den Quartalsbericht UfA Büren 1/23 vorstellen zu dürfen. Er weise ausdrücklich darauf hin, dass die Fristen für Berichtswünsche möglichst eingehalten werden sollten. Da der Ausschuss aber erst am 30.08.2023 wieder zusammentrete, hätten die Obleute zugestimmt, den Tagesordnungspunkt heute zu behandeln.

Im Ausschuss regt sich kein Widerstand gegen den Vorschlag der Obleute, die Berichte der Landesregierung „Sachstandsbericht staatliches Asylsystem für das erste Quartal 2023“ und „Sachstandsbericht Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren 1. Quartal 2023“ als TOP 4 in die Tagesordnung aufzunehmen.

## 1 **Vorstellung der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) der Universität Duisburg-Essen und Bewertung des Ergebnisses der Wahlen in der Türkei** (*Präsentation s. Anlage*)

– Gespräch mit Yunus Ulusoy  
(Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung)

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Ich begrüße recht herzlich Herrn Yunus Ulusoy, den Programmverantwortlichen für den Bereich „Migration und Integration“. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie den Termin heute möglich gemacht haben. Ich erteile Ihnen das Wort, damit Sie sich, das Institut und dessen Arbeit kurz vorstellen und auf die Wahlergebnisse in der Türkei eingehen können.

Herrn Ulusoy wird zehn bis fünfzehn Minuten berichten. Anschließend gehen wir in eine Diskussions- und Fragerunde. – Bitte schön. Sie haben das Wort.

**Yunus Ulusoy (Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung):** Sehr geehrter Herr Dr. Kaiser! Frau Ministerin! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, hier zu sein und manche Altbekannte wiederzusehen. Auch das zeigt die Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft in Nordrhein-Westfalen. Manche kenne ich noch aus früheren Jahrzehnten und aus ganz anderen Zusammenhängen.

Die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung wurde 1985 in Bonn gegründet. Hier auf der Folie 2 der Präsentation sehen Sie unseren Standort in Essen auf dem ehemaligen Krupp-Gelände gegenüber von Ikea. Den Institutsstatus hat das ZfTI 1991 erhalten. Seit 2002 ist es eine Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen und seit 2014 Gründungsmitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft.

Das ZfTI trägt zur wissenschaftsbasierten Weiterentwicklung der Einwanderungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen und Deutschland bei. Es betreibt dazu Forschung und den Transfer der Erkenntnisse in die Politik und in die Gesellschaft. Bei der Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Raums richten wir aufgrund der Tatsache, dass die größte Einwanderercommunity in Nordrhein-Westfalen aus der Türkei stammt, einen besonderen Fokus auf den deutsch-türkischen Raum.

Wir sind eine kleine Einrichtung mit 14 wissenschaftlichen Beschäftigten, zwei Verwaltungsfachkräften sowie zwei Sekretariatsmitarbeitern und werden institutionell vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert. Allerdings ist der Gesamthaushalt etwa doppelt so hoch wie die institutionelle Förderung. Ein beträchtlicher Teil der Arbeit wird über Drittmittel finanziert. Wir haben ein Kuratorium – an dessen Sitzung heute Nachmittag um 17 Uhr werden auch manche von Ihnen teilnehmen –, einen ehrenamtlichen Vorstand und einen hauptamtlichen Mitarbeiter als wissenschaftliche und kaufmännische Leitung.

Unsere fünf Programmbereiche sind „Bildung, Erziehung und Gesundheit in der Migration“, „Sozialintegration und Dateninfrastruktur“, „Interkulturelle Kommunikation und Arbeitsmarktintegration“, „Zivilgesellschaft, religiöse Diversität und politische Steuerung“ sowie „Migration und Integration im grenzüberschreitenden Raum Deutschland-Türkei“.

Letzteren verantworte ich. Aus Zeitgründen werde ich Ihnen die Programmbereiche nicht vorstellen, sondern sofort zum Hauptthema der vergangenen Wochen übergehen, nämlich zu den Wahlen in der Türkei.

Die hier auf Folie 8 abgebildeten Ergebnisse sind Ihnen mittlerweile bekannt. Die Stichwahl fand am 28. Mai 2023 statt. Erdogan hat die Wahlen mit 52,18 % der Stimmen gewonnen. Damit ist er zum dritten Mal seit 2014 und zum zweiten Mal im Präsidentsystem als Präsident bestätigt worden.

Folie 9 zeigt eine politische Landkarte der Türkei nach der Stichwahl. Diese ist insofern wichtig, als sie ein Bild davon zeichnet, welche Menschen aus welchem sozialen Milieu der Türkei schwerpunktmäßig in welchen anderen Ländern leben. Die Opposition hat in Zentralanatolien – bis auf die Hauptstadt und eine Nachbarprovinz sowie Tunceli, eine alevitische Hochburg, und die kurdischen Provinzen im Südosten – nur noch in den Küstenregionen die Wahlen gewonnen. Diese waren im Migrationsprozess der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter unterrepräsentiert. Die ländliche anatolische Bevölkerung war überrepräsentiert.

Im politischen System der Türkei wird die CHP als sozialdemokratische Partei tituliert, ist aber zugleich Gründungspartei der Republik. Sie wird weniger von der Landbevölkerung, sondern in erster Linie von städtischen bzw. urbanen, säkularen, westlichen Milieus gewählt. Letztere waren im Migrationsprozess in den Sechzigerjahren in Deutschland unterrepräsentiert.

Volkan, wie viele Istanbuler mit original Istanbuler Heimatgeschichte kennst du?

(Volkan Baran [SPD]: Zwei!)

– Es werden in der Regeln ein, zwei Leute sein. Gleichzeitig könnte man aber fast Gesamtanatolien aufzählen. Das ist wichtig. Ich gehe gleich noch einmal darauf ein.

Welche Bedeutung kommt den Auslandsstimmen zu? Wir diskutieren sehr heiß darüber und denken, sie entschieden die Wahlen in der Türkei. Schauen wir auf Folie 10: Im Gesamtergebnis hat Erdogan am 28. Mai 2023 weltweit inklusive der Stimmen in den Auslandswahllokalen und in den Lokalen an den Grenzübergängen 52,18 % geholt. 51,91 % hat er allein in der Türkei erreicht. Ziehen Sie diesen Anteil vom Gesamtergebnis ab, bleiben 0,27% als Wirkung der Auslandsstimmen. Es handelt sich also um eine komplett unbedeutende Relation, wenn die Wahlen nicht extrem eng verlaufen. Seit 2014 machte der Beitrag maximal 0,36 % aus.

Wir haben auch sehr häufig über die Wahlbeteiligung berichtet. Diese war – auch entgegen meiner Erwartung – bei der Stichwahl sogar noch höher als beim ersten Wahlgang am 14. Mai 2023, obwohl die Menschen diesmal nur fünf Tage Zeit hatten zu wählen. Im ersten Wahlgang waren es 13 Tage.

Auslandswahlen in Wahllokalen wurden erstmals 2014 ermöglicht, damals aber mit Termensystem. Man musste also feste Termine vereinbaren, um zur Stimmabgabe zu gehen. Damals war – das sehen Sie auf Folie 11 – die Wahlbeteiligung relativ niedrig. Seitdem ist sie kontinuierlich gestiegen und lag in Deutschland zuletzt bei 50 %, weltweit mit den Grenzübergängen bei 56 %.

2023 hat also jeder Zweite seine Stimme abgegeben, obwohl das Wahlergebnis seine Lebensrealität in Deutschland nicht berührt. Das liegt unter anderem daran, dass besondere Verbindungen in die Türkei bestehen. Grund ist aber auch, dass Menschen ihre politische Einstellung nicht an der Grenze abgeben, wenn sie auswandern. Sie bringen sie mit, pflegen sie und entwickeln sie in der Diaspora sogar teilweise weiter, aber natürlich gibt es auch Veränderungen.

Aufgrund der Tatsache, dass in Deutschland in erster Linie eine Gastarbeiterinwanderung aus dem zentralanatolischen Raum stattfand, gab es hier insbesondere in den urbanen Zentren einen großen Zuspruch für Erdogan. Er lag im Generalkonsulatsbezirk Essen bei knapp 79%. Darüber ist sehr häufig diskutiert worden. Es ist auch ein Abbild der Stimmungslage zum Beispiel in der Schwarzmeerregion. Denn es waren meist Menschen mit Bergbauerfahrung aus dieser Region, die in die Montanindustrie im Ruhrgebiet eingewandert sind.

Auf Folie 12 sehen Sie, dass es nicht davon abhängt, in welchem System die Menschen leben – ob also in einer Demokratie oder in einem autoritären System. Entscheidender ist ihre Schicht- bzw. Milieuzugehörigkeit verbunden mit den langfristigen politischen Einstellungen. Danach wird die Wahlentscheidung getroffen.

In klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada und Großbritannien sind in erster Linie Menschen mit einem bestimmten Bildungshabitus ausgewandert. Dort hat der Oppositionsführer bei dieser Wahl 80 % geholt. In den klassischen Gastarbeiterinwanderungsländern der Sechzigerjahre wie Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Österreich hat hingegen Erdogan gewonnen.

Zusätzlich habe ich noch die Russische Föderation und die Vereinigten Arabischen Emirate aufgeführt, um zu zeigen, dass die Wahlentscheidung wenig damit zu tun hat, ob ich in einer Demokratie oder in einem autoritären System lebe, sondern damit, welche politische Einstellung ich aus welchem sozialen Milieu mitbringe.

Dies hängt stark mit der Gründungsgeschichte der türkischen Republik zusammen, die eine Kulturrevolution eingesetzt hat. Letztere hat jedoch in erster Linie die städtischen Milieus erreicht, während die Türkei damals ein weitgehend ländlich geprägtes Land war. Die Wahlergebnisse spiegeln letztendlich auch diesen weltanschaulichen Gegensatz zwischen säkularen, westlich orientierten und konservativ-religiösen Menschen.

Mit dem Präsidialsystem in der Türkei hat sich auch das Parteiengefüge in der Türkei verändert. Die großen Parteien mussten Wahlbündnisse mit kleineren Parteien eingehen. Die Republikanische Volkspartei, die Gründungspartei der Republik Türkei, schloss ein Wahlbündnis mit der nationalistischen İYİ-Partei und weiteren vier Parteien aus dem konservativen Spektrum unter anderem unter Beteiligung von ehemals unter Erdogan amtierenden Außenministern und Ministerpräsidenten. Auf der anderen Seite schloss Erdogan ein Wahlbündnis mit nationalistischen und ultrareligiösen Kräften, weil in diesem System selbst 0,5% der Stimmen eine Bedeutung haben. Im Parlament hat diese Bündnis mit 323 Stimmen wieder die Mehrheit errungen.

Anhand der Folie 15 kann man sehen, warum welche Parteien im Ausland überproportional gut oder schlecht abschneiden. Ich habe Ihnen die migrationsspezifischen Milieuvorteile im Zusammenhang mit der Einwanderungsgeschichte geschildert. Diese wirken

sich unmittelbar auf den Organisationsgrad aus. Konservative Milieus sind in Gemeindestrukturen wie Moscheeverbänden organisiert. Das ist so wie früher in Deutschland, als die CDU im katholischen Münsterland hohe Stimmenanteile hatte.

Dagegen wird die Oppositionspartei CHP zum Beispiel im Ruhrgebiet eher von Individuen gewählt, die nicht an einem bestimmten Punkt anzutreffen sind und erst organisiert werden müssen. Menschen, die Freitagsgebete besuchen, können sich gegenseitig mobilisieren. Die Opposition hat diese Möglichkeiten weniger. Verbunden mit dem Personenkult, mit Urbanitäts- und Mobilitätsvorteilen, mit Patriotismus und mit der Ausschlichtung von staatlicher Macht und medialer Präsenz ein großer Vorteil für Erdogan. Die Wahlen fanden nicht unter fairen Bedingungen statt.

Zudem geht es um die Wertekonformität: Erdogan wird von seinem Habitus und seiner Haltung her als einer von den Durchschnittstürken interpretiert. Nicht zuletzt spielt auch eine Art von Protesthaltung eine Rolle. Insbesondere wissen wir nicht, wie viele junge Menschen wahlberechtigt waren. Es waren vermutlich eher wenige, weil die Einbürgerungsquote unter den jungen Leuten viel höher ist. Zumeist waren es also Wählerinnen und Wähler aus meiner Generation.

Die 500.000 Stimmen für Erdogan stammten mehrheitlich aus der ersten und zweiten Generation mit Migrationserfahrungen, weniger von Menschen ohne solche Erfahrungen. Mir liegen dazu aber keine validen Zahlen vor.

Schauen wir auf die rechte Seite der Folie 15. Bei der kurdischen Opposition sehen Sie in der Regel eine ähnliche Entwicklung, wobei sich diese bei den jüngsten Wahlen nicht gezeigt hat. Die HDP stand vor einem Verbot und musste ihre Kandidaten in einer anderen Partei unterbringen. Sie hat auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichtet. Dies hat wahrscheinlich dazu geführt, dass sie in Deutschland diesmal schlechter als bei den früheren Wahlen abgeschnitten hat.

Die kurdische Bevölkerung ist in Deutschland insbesondere über politische Flucht gewachsen. Sie hat einen sehr hohen Organisationsgrad in der Diaspora. Unter den Freiheitsräumen der Diaspora kann die eigene Identität sich besser entfalten und wird kultiviert. Das gilt zum Beispiel auch für die alevitische Minderheit aus der Türkei. Daraus entsteht dann auch eine politische, ideologische Befestigung.

Deshalb ist auch diese Seite in Deutschland in der Regel besser organisiert als die altehrwürdige CHP mit ihrer knapp 100-jährigen Geschichte. Letztere kann den großen Nachteil, dass sie für viele konservative, aber auch abgehängte Milieus der türkischen Gesellschaft nicht wählbar ist, nicht ausgleichen. Kilicdaroglu hat sehr viel dazu beigetragen, diese Öffnung voranzubringen, was zu dem von ihm erzielten Stimmenanteil von 48 % geführt hat. Aber letztendlich hat es nicht gereicht.

Zum Schluss noch zu den Empfehlungen an die Politik. Sie sollten beachten, dass das Votum für Erdogan aus spezifischen Migrationsfaktoren gespeist wird und mehr über das soziale Milieu als über den Integrationsstand aussagt. Kritik an der Entwicklung in der Türkei sollte nicht mit einem Generalverdacht gegen Türkeistämmige vermischt werden. Marginalisierung wirkt in erster Linie kontraproduktiv.

Bedenken Sie, dass die kritische deutsche Gegenöffentlichkeit und die Erdogan-Anhängerschaft auf eigenen Wahrheitsinseln verharren und nicht miteinander kommunizieren. Das heißt, unsere öffentliche Berichterstattung erreicht diese Milieus in der Regel nicht. Umgekehrt gilt dies auch.

Reflektieren Sie, dass Identifikation in superdiversen Gesellschaften additiv, als „Sowohl-als-auch“ und nicht als „Entweder-oder“, stattfindet. Dies gilt gerade in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung noch mehr als zum Beispiel zu meiner Zeit. Als ich Heranwachsender war, waren die Möglichkeiten, mit der Türkei in Kontakt zu treten, viel eingeschränkter. Wir standen häufig vor den Telefonzellen, um in die Türkei zu telefonieren. Heute ist die Türkei unter anderem über mein Smartphone quasi jeden Tag bei mir.

Soziale Integration, also auch das Interesse an deutscher Politik, fördert das Interesse an der Herkunftslandpolitik. Wenn Menschen sich in Deutschland politisch interessieren, bringen Sie in der Regel auch politisches Interesse für die Türkei mit. Es gilt zu verstehen, dass dies ist eben kein Gegensatz ist.

Wir haben nur über die Türkeistämmigen gesprochen. Wenn man den Fokus auf andere Einwanderergruppen legte, stieße man auf ähnliche Situation, nur fokussieren wir uns in der Regel auf die Türkeistämmigen, weil sie immer noch die größte Gruppe darstellen und aufgrund ihrer geschichtlichen Backgrounds und der von ihnen mitgebrachten, kulturellen und sozialen Distanz besonders im Fokus aller Integrationsdiskussionen standen.

Allerdings muss man heute hinzufügen, dass die Bedeutung der türkischstämmigen Community trotz der Zuwanderungsraten aus der Türkei jedes Jahr abnimmt. Mittlerweile leben nahezu 23 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Die Türkeistämmigen machen davon nur noch 14 oder 15 % aus.

Als ich in den Achtzigerjahren in Herne im Ruhrgebiet lebte, stammten noch rund 60 % aller Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus der Türkei. Dies hat sich in den vergangenen Jahren komplett gewandelt. Das müssen sowohl die Mitglieder der türkischstämmigen Community als auch wir als Gesamtgesellschaft noch realisieren. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von allen Fraktionen)

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Vielen Dank für die Vorstellung des Zentrums und den kleinen Einblick in die Zahlen zur Wahl in der Türkei und insbesondere in das Wahlverhalten der türkischstämmigen Menschen hier in Deutschland. Ich eröffne die Diskussion. Wer meldet sich zu Wort? – Das ist als Erster Volkan Baran.

**Volkan Baran (SPD):** Lieber Herr Ulusoy, lieber Yunus, vielen Dank für den Einstieg in die Diskussion. Wir werden vermutlich auch in der NRW-Türkei-Parlamentariergruppe noch ein bisschen intensiver darüber sprechen. Ich fand einige der Folien sehr interessant, insbesondere diejenige zu den anderen Ländern, weil wir immer Westeuropa als Grundlage nehmen, von 60 % oder 65 % Zustimmung für Erdogan sprechen und versuchen, dafür irgendwelche Erklärungen zu finden.

Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. In meinem Wahlkreis mit einem sehr hohen Migrationsanteil liegt die Beteiligung bei der Wahl bei unter 25 %. Du hast gerade gesagt: Wenn das Interesse für das Herkunftsland der Eltern besteht, besteht wahrscheinlich auch Interesse für die deutsche Politik. Wenn man Partizipationsmöglichkeiten schafft und es den Leuten tatsächlich ermöglichte, mitzuspielen, würden sie sich vermutlich ganz anders verhalten. – So habe ich deine Aussage interpretiert. Könntest du das noch etwas erläutern?

Wir blicken auf ein 63-jährige deutsch-türkische Geschichte zurück. Was haben wir als Politik einfach laufen lassen, sodass wir solche Verhältnisse haben?

An 2014 kann ich mich nicht mehr so gut erinnern, aber vor fünf Jahren verlief die Diskussion sehr ähnlich. Die Empörung war sehr, sehr groß, aber nach drei bis vier Monaten haben wir das dann alle wieder sacken lassen. Welche weitere Hausaufgabe müssten wir als Politik mitnehmen – vielleicht auch parteiübergreifend –, um nach fünf Jahren nicht mehr empört zu sein, sondern sagen zu können: Wir haben in Sachen Demokratiebildung unserer Meinung das eine oder andere versucht?

**Gönül Eğlence (GRÜNE):** Vielen Dank für den Vortrag, lieber Yunus. Das ist immer wieder ganz spannend.

Ich bin vor allem bei diesen Milieuunterscheidungen hängengeblieben. Ich habe selber einmal Migrationssoziologie betrieben. Daraus ist mir bekannt, dass Ausgewanderte in der Diaspora – egal aus welchem Land, also egal ob Deutsche in den USA, in Afrika oder Türkeistämmige in Deutschland – grundsätzlich Wertesysteme von zu Hause mitbringen und diese konservieren. Dies führt dann häufig dazu, dass das Herkunftsland oder das Land der Eltern bzw. Großeltern sich weiterentwickelt, die Menschen in der Diaspora aber in ihrem Wertesystem hängenbleiben.

Es wäre daher total spannend zu erfahren – dazu kenne ich tatsächlich nichts, und ich weiß auch nicht, ob du das jetzt beantworten kannst –, ob die Wahlbeteiligung vor der AKP, also vor 20 Jahren eine andere war. Ach nein, da gab es die Wahlen in dieser Form in Deutschland nicht. Man konnte zwar wählen, aber nicht so wie jetzt. Das ist schwer zu vergleichen, aber es wäre tatsächlich interessant gewesen. Meine Vermutung wäre, dass sich durch die AKP-Regierung und den aktiven Versuch der Einflussnahme auf sogenannte Auslandstürk\*innen etwas verschoben hat, sich also die Wahlergebnisse in der Türkei und in Deutschland immer mehr angeglichen haben.

Daraus resultiert für mich die Frage: Wie hoch schätzt ihr die Einflussmöglichkeiten ein – auch über die Moscheevereine. Darüber müssten wir vielleicht ebenso sprechen, wie über den jüngsten Vorfall in Köln zum Armenier\*innengenozidendenkmal und darüber, dass sich dort Vereine aufbäumen. Meines Wissens wurde zudem vergangene Woche versucht, mit einem offenen Brief Einfluss auf Professor\*innen des Fachbereichs Turkistik an der Universität Duisburg-Essen zu nehmen.

Wie schätzt du die Einflussnahme aus der Türkei auf Türkeistämmige hier ein? Vielleicht geht diese noch nicht einmal von Menschen aus, die hier leben, sondern passiert häufig anonym und eigentlich direkt aus der Türkei heraus. Was könnten wir da tun?

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Das waren jetzt schon viele Fragen. Herr Ulusoy, ich würde Ihnen direkt das Wort geben, bevor Thorsten Klute drankommt.

**Yunus Ulusoy (Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung):**

Zu der Frage von Volkan Baran. Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit seit 2002, lebe allerdings seit 50 Jahren in Deutschland. Das bedeutet, dass ein beträchtlicher Teil meiner Lebensgeschichte vom Status „Ausländer“ geprägt war. Wenn wir über diese Menschen urteilen, vergessen wir immer, welche Erfahrungen sie in den früheren Jahrzehnten gemacht haben.

Dazu gehörte vielleicht, nicht an einer an der Klassenfahrt teilzunehmen, weil sie urplötzlich erfuhren, dass sie ein Visum für Frankreich benötigten und ohne dieses nicht mitfahren konnten, oder den ausgewählten Studienplatz nicht zu bekommen, weil sie damals als Bildungsausländer galten und sich nicht ohne Weiteres einschreiben konnten. Das war noch in den Achtzigerjahren. Sie haben miterlebt, dass zehntausende Menschen durch Rückkehrförderungsprogramme die Türkei zurückgegangen sind.

Manchen gelingt es, Verletzungen davon zu tragen und sie selbst zu heilen. Mir ist es gelungen. Manchen gelingt es jedoch nicht, weil sie womöglich in bestimmten Milieus leben und Erfahrungen, wie ich sie über meine Sozialisation gemacht habe, nicht machen konnten.

Politische Partizipation ist eine zentrale Möglichkeit. Die Tatsache, dass mittlerweile Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Parteien sichtbar sind, ist einer der Faktoren, wie man Menschen auch gewinnen kann, weil sie dann Vertrauen schöpfen und sich andere zum Vorbild nehmen können: Wenn Volkan Baran das geschafft hat, warum sollte ich es nicht können?

Diese Entwicklung ist jetzt gerade 15 bis 20 Jahre alt. Wir vergessen immer, dass wir 2004 im Kontext des Zuwanderungsgesetzes noch darüber diskutiert haben, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Wir führen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft ein Projekt der Landeszentrale für politische Bildung zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte am Beispiel der Türkeistämmigen durch. Gönül und Volkan, ihr wart dabei. Wir wollen die Ergebnisse demnächst mit den Generalsekretären der Landtagsfraktionen vorstellen, um zu zeigen, was Politik tun kann, um sich zielgruppenspezifisch aufzustellen.

Diese 23 Millionen Menschen sind die nächsten Wahlentscheider in Deutschland. Nicht die deutsche Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte nimmt zu, sondern diejenige mit Migrationshintergrund. Diese Menschen haben zumindest noch nicht alle eine gefestigte politische Verortung gefunden. Insofern können politische Parteien noch sehr viel tun.

Sowohl das politische Establishment der Türkei, also die Parteien, als auch religiöse Gruppierungen waren im Zuge des Migrationsprozesses immer in Deutschland organisiert, das ist also nichts Neues. Der Unterschied besteht darin, dass das konservative Lager in der Türkei häufig gespalten war und das Land über Koalitionsregierungen regiert wurde. Nun ist das große konservativ-nationale Spektrum der Republik Türkei

erstmals zu ca. 60 % bis 65 % von einer Partei mit einem weiteren nationalistischen Bündnispartner besetzt. Dies ist neu.

Wenn man in den Achtziger- und Neunzigerjahren solche Wahlmöglichkeiten wie heute gehabt hätte, hätten Suleiman Demirel, Özal und Konsorten die Wahlen in Deutschland vermutlich wieder gewonnen. Es hätte aber nicht nur eine Partei gegeben, sondern die Stimmen wären auf die unterschiedlichen politischen Parteien aufgeteilt gewesen.

Die politische Spaltung der Türkei führt auch dazu, dass Erdogan es schafft, seine Anhängerinnen und Anhänger sowohl in der Türkei als auch in Deutschland hinter sich zu scharen, und zwar unabhängig von Wirtschaftskrisen, Erdbeben oder sonstigen Herausforderungen.

In erster Linie sind Wahlen in der Türkei Personenwahlen. Die politischen Parteien haben eine viel geringere Bedeutung als die Personen. Dies muss man sich erst einmal vergegenwärtigen: Die AKP hat bei den Parlamentswahlen nur 35 % geholt, Erdogan als Person aber über 52 %. Dies sagt viel darüber aus, ob diese Partei nach Erdogan weiterexistiert. Keiner weiß es. Im türkischen politischen System kamen und gingen solche Parteien. Sie haben einige Jahrzehnte geprägt und sind dann verschwunden. So könnte es womöglich weitergehen, weil dieses Spektrum für Veränderungen offen ist.

Zur Einflussnahme aus der Türkei. Sie muss nicht explizit über staatliche und oder sonstige Organisation erfolgen. Wenn Menschen mit einer solchen politischen Einstellung in Deutschland leben und Entscheidungen – zum Beispiel solche wie in Köln – aufgrund ihrer geschichtlichen, politischen Sozialisation anders bewerten, reagieren sie vor allem aus nationalem Stolz und einer Protesthaltung heraus.

Wir haben heute aber eine andere Situation als in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Die große parteinahe Organisation der Union Internationaler Demokraten mit Sitz in Köln ist in jeder mitteldeutschen Stadt organisiert. Über solche Kreise gibt es Möglichkeiten der Einflussnahme. Diese wären jedoch nicht erfolgreich, wenn sie hier nicht auf einen Nährboden fielen.

Es existiert ein Disputraum, in dem die Mehrheitsgesellschaft und Menschen aus der türkeistämmigen Community in bestimmten Bereichen sehr unterschiedliche Auffassungen haben. Insofern ist das eine politische Herausforderung. Wie wir es schon einmal mit den politischen Parteien diskutiert haben, können wir und dürfen wir diese Milieus nicht abschreiben. Wir müssen sie in die politische Mitte zurückholen.

**Thorsten Klute (SPD):** Wir haben vorhin in einem Schlenker einen Vergleich zu anderen eingewanderten Gruppen bzw. Eingewanderten aus anderen Staaten gezogen. Wenn Ihre Kapazitäten es hergäben, fände ich sehr interessant, zumindest fünf Einwanderungsgruppen aus Staaten mit ähnlicher politischer Ausrichtung – so nenne ich das mal – anzuschauen. So schwer es ist, politische Ausrichtungen von Staaten zu vergleichen, bringe ich ein Beispiel.

Die polnische Regierung wird bezüglich ihrer Haltung zu Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und auch zur Bedeutung des Nationalen in der internationalen und in der nach

innen gerichteten Politik ähnlich eingeschätzt. Bei Präsidentschaftswahlen gibt es ein Direktwahlsystem, der Präsident wird also direkt von der Bevölkerung gewählt.

Bei den polnischen Eingewanderten, für die ebenfalls Wahlrecht im Ausland gilt, haben wir spannenweise ein genau umgekehrtes Verhältnis: Es hat in den vergangenen Jahren eine starke Auswanderung in die Nähe Polens, nach Deutschland und Großbritannien gegeben. Bei den Präsidentschaftswahlen hat die große Mehrheit der polnischstämmigen Bevölkerung dort liberal gewählt. Die PIS-Regierung ist deutlich in der Minderheit. Je weiter man aber von Polen weggeht – in den USA, Kanada oder Kasachstan, wo große polnische Gemeinschaften leben –, desto eher ist das Verhältnis umgekehrt.

Dort geht es noch viel stärker ins Nationale bis Nationalistische, als das in Polen selbst der Fall ist. Das zu untersuchen, wäre spannend. Auch dies liegt an unterschiedlichen Einwanderungsherkünften, so wie Sie diese für die Türkei beschrieben haben, und unterschiedlichen Zeiten der Auswanderung. Wer unter der Repression des Kommunismus in die USA oder nach Kanada und nicht etwa in die DDR ausgewandert ist, hat ein ganz anderes Verhältnis zum heutigen doch sehr nationalistischen Politikangebot in Polen, als das bei Leuten der Fall ist, die vor zehn Jahren nach Deutschland gekommen sind. Ich fände es spannend, das einmal zu untersuchen.

**Dietmar Panske (CDU):** Herr Ulusoy, einen herzlichen Dank für den Vortrag und die Informationen. Ich habe eine Verständnisfrage: Sie haben in den Folien die Wahlergebnisse in einzelnen Wahllokalen wie Aachen, Düsseldorf, Essen, Münster und Köln aufgelistet. Waren das Wahllokale, wie wir sie uns vorstellen? Kam, wer regional in Münster wählen gegangen ist, auch aus dem Umfeld des Münsterlandes? Kam, wer in Essen wählte, aus dem Ruhrgebiet? Oder konnte man mehr oder weniger hingehen, wo man wollte, zum Beispiel, weil man beruflich in der Nähe war?

Zweitens kennen wir es von den Wahlen bei uns in Deutschland, dass sich in den Ergebnissen zum Beispiel häufig Stadt-Land-Gefälle zeigen. Sie haben davon gesprochen, dass das Milieu immer entscheidend ist. Aber ich habe es so verstanden, dass es um das Milieu aus dem Herkunftsland geht. Hat denn die Milieusozialisierung vor Ort, die vielleicht auf dem Land etwas anders als in den großen Städten an Rhein und Ruhr verläuft, überhaupt keine Auswirkungen auf das Wahlverhalten? Die Wahlergebnisse bei dieser Wahl lagen überall auf einem relativ hohen Niveau. Nur diejenigen in Aachen fielen ein bisschen aus dem Rahmen.

**Enxhi Seli-Zacharias (AfD):** Sehr geehrter Herr Ulusoy, ich würde gern die ersten Fragen kurz zusammenfassen bzw. darauf noch tiefer eingehen. Zur Thematik „Einflussnahme von außen“. Sie haben gerade gesagt, wie sich die Wahlbeteiligung im Ausland entwickelt hat. Eine gewisse Einflussnahme ist schon spürbar. Natürlich muss man das im Detail konkretisieren – keine Frage. Wenn man das jetzt aber mit politischer Partizipation zusammenbringt, stellt sich mir für Nordrhein-Westfalen in Anbetracht der vergangenen Kommunalwahlen, bei denen wir einen gewissen Trend erleben, eine andere Frage.

Könnten Sie sich vorstellen, dass es Parteineugründungen über die kommunale Ebene hinweg geben könnte – in Verbindung mit bzw. ganz explizit vor dem Hintergrund einer

politischen Einflussnahme aus dem Ausland? Sicherlich machen Sie sich in Ihrem Institut diesbezüglich Gedanken. Es geht mir um Tendenzen über die kommunale Ebene und die sogenannten Integrationswahlen hinaus, wo wir dies ohnehin schon wahrnehmen.

**Yunus Ulusoy (Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung):**

Herr Panske, die Wahllokale kann man frei wählen. In Essen haben deshalb unabhängig vom relativen Anteil auch die meisten Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Wenn jemand in Gelsenkirchen wohnt, was eigentlich eher zu Münster gehört, geht er natürlich in der Regel nach Essen, weil es näher ist.

Zum Milieu „Land“. Istanbul hatte 1961 noch 2,1 Millionen Einwohner, heute sind es 15 Millionen. Dort hat die CHP bzw. Kilicdaroglu – ich habe die Ergebnisse nicht im Kopf – ca. 52 % bis 53 % geholt. Es gibt also Veränderung, und eine ungebrochene Reflexion der politischen Einstellungen aus der Herkunftsregion findet nicht immer automatisch statt. Es hängt immer auch davon ab, welche Erfahrungen Menschen in der neuen Beheimatung machen und welchen sozialen Aufstieg sie schaffen.

Menschen können natürlich auch von einem Milieu zum anderen wechseln. Es handelt sich nicht um auf Gedeih und Verderb vorhandene Unterschiede, sondern diese können verändert werden. Insofern gibt es diese Möglichkeit in der Türkei, in den urbanen Zentren – auch verbunden mit dem, was Gönül Eçlence gesagt hat. Der Modernisierungsdruck war in der Türkei teilweise höher als in der Diaspora.

So erkennen zum Beispiel Menschen, die in erster Linie das Gefühl haben, ihre religiöse und ihre nationale, kulturelle Identität bewahren und an die nächste Generation weitergeben zu müssen, in Istanbul keine unmittelbare Gefahr zu scheitern. Sie verändern sich womöglich schneller als in der Diaspora. Dies als Erklärung.

Lieber Herr Klute, die von Ihnen formulierte Frage habe ich mir auch immer gestellt. Nicht nur Polen, sondern auch Italiener haben Auslandswahlrecht. Wir haben eine sehr große Community aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland, haben aber bisher nie nach deren politischen Einstellungen gefragt. Wir haben die Möglichkeiten dazu bisher nicht gehabt, und ich kenne die Ergebnisse nicht, aber ich vermute eine ähnliche Konstellation wie in der Türkei. Ich kann mit Ihren Einschätzungen d'accord gehen.

Zu den Neugründungen. Es gab solche Parteien – die BIG-Partei, die AD-Demokraten –, sie sind aber mittlerweile Geschichte. Im Ruhrgebiet war dies im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Ich kann mir heute nicht vorstellen, dass eine solche Partei aus einem nationalen Spektrum heraus überhaupt Erfolg hätte.

Auf kommunaler Ebene existieren parteiunabhängige Listen. Das ist eine neue Erscheinung. Diese sind unter anderem bei Ihnen in Gelsenkirchen und auch in Dortmund relativ erfolgreich. Diesbezüglich muss sich die etablierte Parteienlandschaft noch einmal aufstellen und sich fragen: Wie können wir diese Menschen besser in unsere Parteien integrieren? – Sie zeigen schließlich eindeutig politisches Interesse. Das ist eine Herausforderung. Ich gehe davon aus, dass auch dieser Trend noch paar Jahre halten wird.

So war es auch mit den Ausländerbeiräten. Ich kann mich noch an meine persönliche Geschichte erinnern. 1992 war ich in meiner Stadt Ausländerbeiratsvorsitzender. Ich habe mich verändert, und auch andere Menschen werden sich verändern. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass in den kommenden Jahren auch aus solchen Gruppierungen Übertritte in die etablierten Parteien stattfinden könnten, dass daraus womöglich auch neue politische Karrieren entstehen.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Tatsächlich ist es eine spannende Fragestellung, und wir könnten noch weiterdiskutieren. Leider reicht die Zeit dafür nicht aus. Herzlichen Dank dafür, dass Sie bei uns waren und wir einen ersten Einblick über die Debatten erhalten haben, die dazu in Ihrem Institut geführt werden. Forschungsanregungen konnten Sie direkt mitnehmen. Es fehlen nur noch die entsprechenden Mittel, für die wir bei einem anderen Ministerium anklopfen und fragen müssten, ob dort noch etwas übrig ist.

## 2 **Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts stärkt unsere Demokratie – Der Landtag muss die Pläne der Bundesregierung unterstützen und die Voraussetzungen für schnelle Einbürgerungen in NRW schaffen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4362

*(Überweisung an den Integrationsausschuss – federführend –, an den Innenausschuss sowie an den Rechtsausschuss am 25.05.2023)*

**Volkan Baran (SPD)** schlägt vor, aufgrund der großen Dynamik des Themas auf Bundesebene entgegen der Absprache der Obleute der Fraktionen schon heute abschließend über den Antrag zu beraten und abzustimmen.

**Dietmar Panske (CDU)** bittet, über Abweichungen von Verabredungen unter den Obleuten zu einem Verfahren im Vorfeld der Sitzungen zu informieren, damit alle Fraktionen sich entsprechend vorbereiten könnten.

Die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP hätten sich in der Plenardebatte eher unterstützend geäußert, so **Volkan Baran (SPD)**, daher habe er mit mehr Flexibilität gerechnet. Um dem Wunsch nach Einhaltung der parlamentarischen Gepflogenheiten jedoch gerecht zu werden, könne der Antrag auch in der nächsten Sitzung beraten und abschließend abgestimmt werden. Eine Anhörung beantrage die SPD-Fraktion nicht.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser** weist daraufhin, dass diese Regelung auch den mitberatenden Ausschüssen entgegenkäme, weil diese dann bis zum 30.08.2023 Zeit hätten, ihr Votum zu diesem Antrag abzugeben.

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag am 30.08.2023 abschließend zu beraten und abzustimmen.

### 3 **Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3655

Schriftliche Anhörung  
Stellungnahmen  
18/511, 18/513, 18/519,  
18/522, 18/523, 18/526,  
18/527, 18/529, 18/533,  
18/536, 18/539, 18/546,  
18/547, 18/551

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Integrationsausschuss am 21.03.2023)*

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser** informiert, der federführende Ausschuss habe eine gemeinsame schriftliche Anhörung zu diesem Antrag und dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen“ Drucksache 18/3305 beschlossen.

**Marc Lürbke (FDP)** stellt fest, im Ausschuss herrsche Einigkeit über die Bedeutung des Fachkräftemangels in der frühkindlichen Bildung. Die Stellungnahmen der Sachverständigen zeigten, dass es nicht an Erkenntnissen, sondern an der Umsetzung der notwendigen und im Antrag beschriebenen Maßnahmen mangle. Für den Integrationsausschuss halte er dabei insbesondere die Frage der Anerkennung von beruflichen Bildungsabschlüssen aus dem europäischen Ausland für relevant. Der Deutsche Kitaverband beklage nämlich:

„Das Anerkennungsverfahren ist für die Betroffenen und die beteiligten Kita-Träger weiterhin deutlich aufwändig und langwierig und – mit ungewissem Ausgang.“

**Volkan Baran (SPD)** zufolge muss die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen tatsächlich stark beschleunigt und transparenter werden. Mitunter würden identische Abschlüsse derselben Uni bzw. Institution unterschiedlich bewertet. Angesichts des ungewissen Ausgangs des Verfahrens stellten auch die dabei anfallenden Kosten eine Hürde dar.

Seine Fraktion unterstütze zudem den Quereinstieg, weil mehr Kindern und Jugendlichen betreut werden könnten, wenn genügend Fachkräfte zur Verfügung ständen. Nachdem in den vergangenen 40 oder 50 Jahren vieles verpasst worden sei, sollte

jedem Kind unabhängig davon, ob die Eltern arbeiteten oder nicht, ein Betreuungsplatz angeboten werden. Dies trage zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote von Frauen und Alleinerziehenden und auch zur Wahrnehmung von integrationspolitischen Maßnahmen bei.

**Dietmar Panske (CDU)** betont, die große Bedeutung einer schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse halte er für unstrittig. Allerdings sei dazu schon im Januar 2023 ein Antrag ins Parlament auf den Weg gebracht worden, in der kommenden Woche werde erneut umfassend über dieses Thema diskutiert. Der Antrag enthalte nichts Neues.

Schwarz-Grün habe im Kita-Bereich zudem eine Menge getan und zum Beispiel die Finanzierung der Sprach-Kitas vom Bund übernommen, um diese fortzuführen. Dieses erfolgreiche Projekt setze speziell auf Frauen als Vorbilder für die Kinder und werde nun zunächst landesweit ausgerollt. Erst dann würde geprüft, an welchen Stellschrauben noch etwas verbessert werden könne und ob das grundsätzlich interessante Thema „männliche Integrationsbegleiter“ angegangen werde. Der Antrag komme daher zu früh.

Das Problem des Fachkräftemangels existiere nicht erst seit dieser Legislaturperiode, sondern habe schon zur Zeit des Familienministers Dr. Stamp bestanden, so **Gönül Eğlence (GRÜNE)**. Inhaltlich lägen die Positionen zwar nicht weit auseinander, Schwarz-Grün gehe vieles jedoch bereits durch entsprechende Anträge im Plenum und über die unterschiedlichen Fachbereiche der Landesregierung an. Das Familienministerium könne die Programme fachlich am besten begleiten und sei unter anderem mit dem Kita-Helfer-Programm schon tätig geworden.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** betont die Wichtigkeit der Diskussion über dieses Thema gerade im Integrationsausschuss. Die mit dem Fachkräftemangel verbundenen Herausforderungen für das System der frühkindlichen Bildung halte sie für integrationspolitisch relevant. Die Landesregierung wolle allen Kindern in Nordrhein-Westfalen faire Zukunftschancen eröffnen, indem sie ihnen unter anderem ein qualitativ hochwertiges Angebot der öffentlichen Bildung und Betreuung zur Verfügung stelle.

Angesichts des sich durch alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche ziehenden Fachkräftemangels habe sich die Landesregierung entschieden, dieses Problem mit der Fachkräfteoffensive in den Blick zu nehmen. Das MKJFGFI habe dabei die Federführung bezüglich der sozialen und erzieherischen Berufe inne. Tatsächlich müsse die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse schneller erfolgen und für alle Beteiligten, sowohl für die potenziellen Arbeitgeber als auch für diejenigen, die ihre Abschlüsse anerkennen lassen wollten, transparenter werden.

Um Fachkräfte zu gewinnen und die Arbeitsmarktbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, halte sie jedoch auch ein integrationsfreundliches Klima für förderlich. Es spiele eine Rolle, welche gesellschaftliche Atmosphäre die Menschen vorfänden und ob es ihnen gelinge, in NRW heimisch zu werden.

Nordrhein-Westfalen biete mit seiner Integrationsinfrastruktur, der breit aufgestellten Vereinslandschaft und den vielfältigen Migrantenorganisationen gute Grundlagen und Anknüpfungspunkte. Dennoch meldeten Städte, die Erzieherinnen und Erzieher zum Beispiel aus Spanien angeworben hätten, dass diese nach einer gewissen Zeit zurückgingen, weil es Ihnen eben nicht gelinge, Fuß zu fassen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

#### **4 Sachstandsbericht staatliches Asylsystem für das erste Quartal 2023**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1324

In Verbindung mit:

#### **Sachstandsbericht Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren 1. Quartal 2023**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1332

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** erläutert die vorliegenden Berichte:

Wir haben etwas zu spät um die Ergänzung dieses Tagesordnungspunktes gebeten. Danke, dass diesem Wunsch entsprochen wurde. Andererseits haben wir aber auch schon mehrfach gesagt: Für die Quartalsberichte brauchen wir eigentlich länger Zeit. Wir hatten angekündigt, die Quartalsberichte jeweils zum Ende des Folgequartals vorzulegen – dieses Mal sind wir früher dran –, man mag dies für eine Selbstverständlichkeit halten, es ist allerdings mit sehr viel Arbeit verbunden. Das sage ich im Sinne der Kolleginnen und Kollegen im Ministerium, die diese Arbeit gerne leisten, um Ihnen diese Informationen zur Verfügung zu stellen.

Sie erhalten hiermit einen Sachstandsbericht über das aktuelle Asylsystem. Aus dem Bericht ergeben sich sowohl die Zugangszahlen als auch die Hauptherkunftsländer. Sie werden erkennen, dass sich in der jüngsten Zeit im Vergleich zu den vorherigen Quartalsberichten nicht sehr viel geändert hat. Syrien und Afghanistan bleiben die Hauptherkunftsländer für den Bereich der Asylsuchenden.

Die Zugänge aus der Ukraine bleiben auf einem moderaten Niveau, bilden aber nach wie vor die größte Gruppe der in Nordrhein-Westfalen – in diesem Fall im FREE-System – registrierten Geflüchteten. Wir alle können nicht vorhersehen, wie sich der Krieg in der Ukraine weiter entwickeln wird. Wir verzeichnen jedoch seit einer gewissen Weile eher moderatere Zugangszahlen.

Ausweislich der hier vorliegenden Zahlen liegen die Zugänge ins Asylsystem auf höherem Niveau. Wir haben Ihnen dazu natürlich auch noch einmal den Sachstand zu den Asylverfahren, den Neuanträgen, den Entscheidungen und den offenen Verfahren aufgeführt. Dies macht deutlich, dass auch im BAMF sozusagen viel Druck auf dem Kessel ist, was die anhängigen Verfahren angeht.

Die Liste zur Kapazitätsentwicklung stellt transparent dar, an welchen Stellen und aufgrund welcher Vorkommnisse wir derzeit gesperrte Plätze haben. Die Kapazitätserweiterung im Landessystem geht nicht in der Geschwindigkeit weiter, die wir uns erhoffen würden. Dies hat unterschiedlichste Gründe, die wir auch schon mehrfach erläutert haben. Land und Kommunen greifen auf ähnliche Liegenschaften zu, und die Situation der Liegenschaften stellt sich deutlich anders dar als 2015 und 2016,

zum Beispiel bezüglich des Vorhandenseins von ehemaligem Kasernengelände. Zudem herrscht auf dem Wohnungsmarkt auch insgesamt eine andere Situation.

Das Land kann und wird Landesunterkünfte auch immer nur in Kooperation mit den Kommunen errichten. Dementsprechend sind wir auf die gute Kooperation – die ist aber auch da –, die Bereitschaft vor Ort, auch Landeseinrichtungen einzurichten, und die Akzeptanz dieser Landeseinrichtungen angewiesen und die Zahlen entwickeln sich eben nicht an jeder Stelle so, wie wir uns das wünschen.

Wir haben weiterhin eine hohe Zahl an Plätzen und Liegenschaften in Prüfung, und die Bezirksregierungen arbeiten mit Hochdruck daran, das Landessystem auszubauen. Sie können hier darüber hinaus sehen, an welchen Stellen wir welche Vorkommnisse in den Landeseinrichtungen hatten. Die Informationen darüber gehören genauso zum Quartalsbericht, wie Zahlen zum Sachstand der Rückführungen und zur freiwilligen Rückkehr.

Haben Sie zu diesem Bericht oder auch zu dem ebenfalls beigefügten Sachstandsbericht zur UFA in Büren noch weitere Fragen? – Dann gerne. Gemeinsam mit Frau Hinsen und Frau Elhaus bin ich hoffentlich in der Lage, zumindest die meisten ihrer Fragen zu beantworten.

**Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)** verweist auf den im Bericht erwähnten Brand in der Unterkunft in Gütersloh, in dessen Folge ein drei Wochen alter Säugling schwer verletzt in eine Klinik nach Hannover eingeliefert worden sei. Laut Bericht könnten die Eltern jeden Tag von Gütersloh nach Hannover fahren, um das Kind zu besuchen, und die dabei anfallenden Kosten würden gegebenenfalls übernommen. Sie interessiert sich für das Befinden des Kindes und dafür, warum es nicht mindestens einem Elternteil ermöglicht worden sei, bei dem drei Wochen alten Säugling vor Ort zu bleiben

**Dietmar Panske (CDU)** fragt, warum die auf Seite 4 des Berichts zum Sachstand der Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen angegebenen Zahlen zu den Neuanträgen, nämlich im Januar 6.500, im Februar 5.500 und im März 6.100, so stark von den Zahlen beim EASY-Verfahren abwichen. Letztere fielen deutlich niedriger aus. Er habe nicht erwartet, dass die Zahlen sich deckten, hätte jedoch gern eine Erklärung zu der erheblichen Differenz.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** merkt an, die Differenz werde im dritten Absatz auf Seite 1 zumindest eingeordnet.

**MR'in Christina Elhaus (MKJFGFI)** erläutert, die Zugänge entsprächen eigentlich nie den Erstantragszahlen. Die aktuelle Diskrepanz ergebe sich daraus, dass die Zahl der Zugänge im 4. Quartal 2022 höher als die Antragszahlen ausgefallen sei. Das BAMF habe also nicht so viele Anträge aufgenommen, wie Zugänge verzeichnet worden seien. Die Zugangszahlen seien nun zurückgegangen, das BAMF habe die Bearbeitungskapazitäten bei sich erhöht und innerhalb des 1. Quartals 2023 die Zugänge des 4. Quartals 2022 sukzessive abgearbeitet. Daraus ergebe sich dieser Verzögerungseffekt. Es handele

sich bei beiden Statistiken um nachlaufende Kurven, deren Verhältnis sich je nach Zugangs- und Bearbeitungslage möglicherweise wieder umkehre.

Der durch den Brand in Gütersloh verletzte Säugling befinde sich weiterhin in der Klinik in Hannover in Behandlung. Zum genauen Gesundheitszustand lägen keine Informationen vor. Das Angebot, ihn täglich zu besuchen oder nach Hannover umzuziehen, sei von der Familie abgelehnt worden. Mittlerweile sei in diesem Fall das Jugendamt eingeschaltet worden.

In der Aufschlüsselung der Zugänge nach Nationalitäten komme auch der Iran relativ weit oben vor, so **Benjamin Rauer (GRÜNE)**. Ihn würde der aktuelle Stand zum Thema „Abschiebestopp in den Iran“ interessieren.

Zudem befinde sich immer noch eine große Anzahl von Menschen in Duldung. Diesbezüglich würde er gern erfahren, ob sich schon Veränderungen durch das Chancen-Aufenthaltsrecht des Bundes abzeichneten.

Bezüglich der Frage zum Iran erläutere **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**, landesseitige Abschiebestopps könnten jeweils nur zweimal erlassen werden. Dies habe NRW bereits ausgeschöpft. Derzeit bestehe im Einvernehmen mit dem BMI ein wirksamer Abschiebestopp. Sie würde diesen gern aufrechterhalten, da die Einschätzung der Lage durch die Landesregierung sich nicht geändert habe.

Die von den regierungstragenden Parteien im Bund im Koalitionsvertrag verabredete Einführung der Möglichkeit eines bundesweiten Abschiebestopps sei bislang leider nicht geschaffen worden, obwohl dies zu schnelleren und klareren Handhabungen hätte führen können. Daher bleibe es bei dem Weg über eine durch den Beschluss der IMK ausgedrückte Haltung, auf dessen Grundlage die Länder gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem BMI für entsprechende Regelungen sorgten.

Über die Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts habe das Ministerium die Ausländerbehörden durch den damaligen Vorgriffserlass und weitere Informationen sehr frühzeitig ins Bild gesetzt und gut darauf vorbereitet. Die Behörden sähen dies auch positiv, weil es in der Perspektive entlastend wirken werde.

NRW setze das Chancen-Aufenthaltsrecht nicht einfach langsamer als andere Bundesländer um, sondern berate Kandidat\*innen dahingehend, zunächst zu prüfen, ob sie alle Voraussetzungen erfüllten bzw. welche noch fehlten: Nach Antragstellung verblieben 18 Monate um alle Unterlagen beizubringen. Da beispielsweise für noch ausstehende Sprachkurse lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssten, sollten die Kandidaten sich schon vorher darum kümmern.

Die tatsächliche Inanspruchnahme entspreche daher nicht der Zahl der möglichen Profiteur\*innen des Chancen-Aufenthaltsrechts. Das Ministerium betreibe ein enges Monitoring des Sachstands. Die aktuellen Zahlen lägen ihr nicht vor, sie biete aber an, diese in der ersten Ausschusssitzung nach der Sommerpause vorzutragen.

## 5 Verschiedenes

hier: **Delegationsreise nach Kanada**

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Obleute, vom 26.05.2024 bis 01.06.2024 eine Delegationsreise nach Québec und Ontario in Kanada durchzuführen, mit den Stimmen aller Fraktionen zu. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilen sich wie folgt auf die Fraktionen:

CDU	4
SPD	3
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2
FDP	1
AfD	1

gez. Dr. Gregor Kaiser  
Vorsitzender

### Anlage

10.08.2023/16.08.2023



**Stiftung Zentrum  
für Türkeistudien und  
Integrationsforschung**

Türkiye ve Uyum  
Araştırmaları  
Merkezi Vakfı

Institut an der  
Universität Duisburg-Essen

## Vorstellung ZfTI und der Ergebnisse der Stichwahl in der Türkei

Integrationsausschuss des Landtages NRW, 07.06.2023

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*



# Das ZfTI: Standort



## Das ZfTI: Geschichtlicher Rückblick



- Gegründet 1985 am Wissenschaftszentrum Bonn als Projekt des Stifterverbandes und der Freudenberg-Stiftung
- Seit 1991 in Essen als e.V., An-Institut der Universität Duisburg-Essen
- Seit 2002 Landesstiftung
- 2014 Gründungsmitglied der JRF

## Das ZfTI: Mission Statement



- Das ZfTI trägt zur wissenschaftsbasierten Weiterentwicklung der Einwanderungsgesellschaft in NRW und Deutschland bei und betreibt dazu Forschung sowie Transfer relevanter Erkenntnisse in Politik und Gesellschaft
- Bei der Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Charakters von Migration und Integration liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem deutsch-türkischen Raum

## Das ZfTI: Kennzahlen



**Beschäftigte:** 14 wissenschaftliche Beschäftigte, 2 Verwaltungskräfte, 2 Sekretariate

**institutionelle Förderung Land NRW 2023:** 865.000 EUR

**Haushalt 2023:** 1,957 Mio. EUR (geplant)

**Steuerung:** Kuratorium - Vorstand (Ehren- und Hauptamt) – wiss. und kaufm. Leitung



## Programmbereiche

- Bildung, Erziehung und Gesundheit in der Migration
- Sozialintegration und Dateninfrastruktur
- Interkulturelle Kommunikation und Arbeitsmarktintegration
- Zivilgesellschaft, religiöse Diversität und politische Steuerung
- Migration und Integration im grenzüberschreitenden Raum Deutschland-Türkei



**Stiftung Zentrum  
für Türkeistudien und  
Integrationsforschung**

Türkiye ve Uyum  
Araştırmaları  
Merkezi Vakfı

Institut an der  
Universität Duisburg-Essen

## Ergebnisse der Stichwahl in der Türkei vom 28. Mai

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

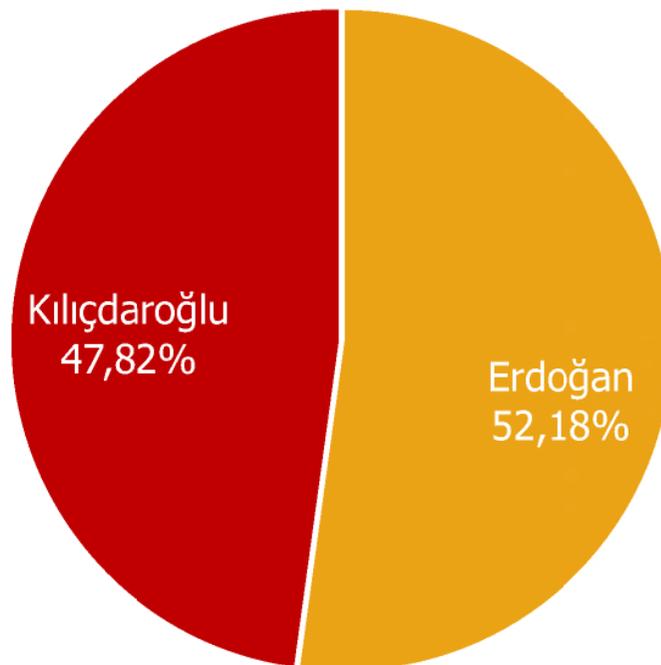
*Offen im Denken*



## Ergebnisse der Stichwahl vom 28. Mai 2023, In- und Ausland



Anteil in %

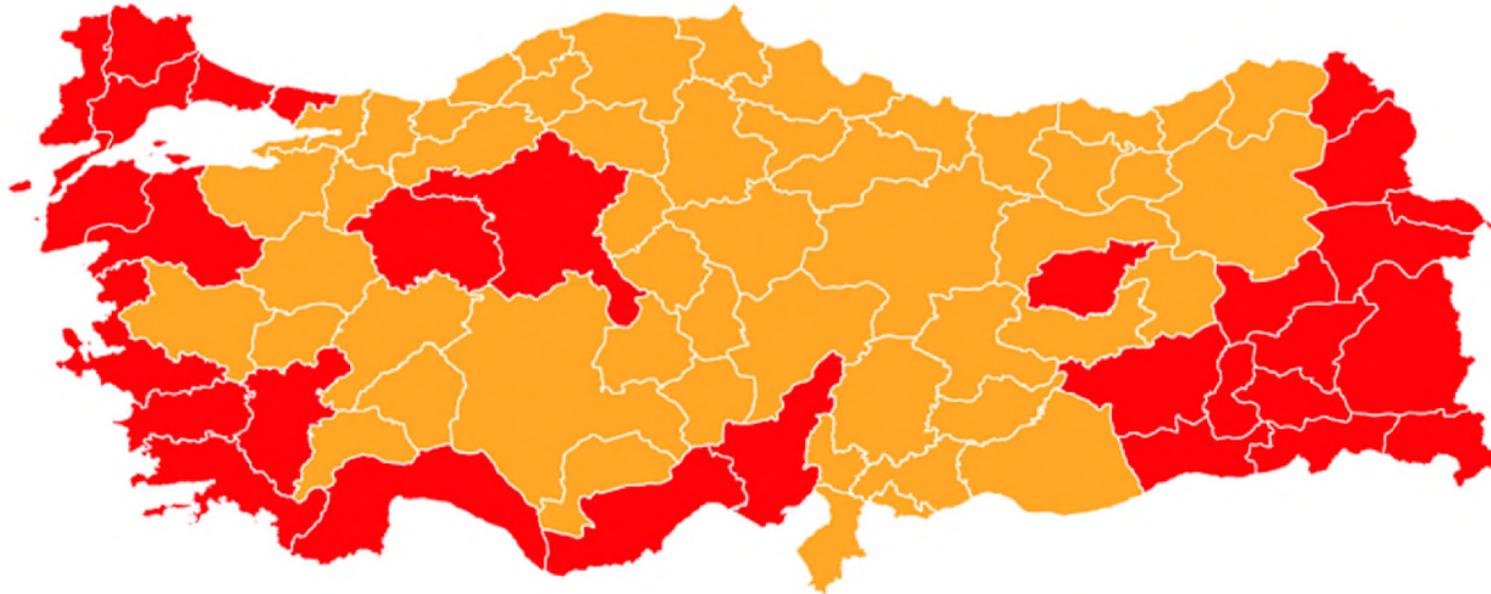


Veränderung zum 14. Mai, in %



Quelle: Hohe Wahlkommission (YSK) der Republik Türkei

## Politische Landkarte der Türkei nach der Stichwahl



■ Erdoğan      ■ Kılıçdaroğlu

Quelle: Anadolu-Agentur

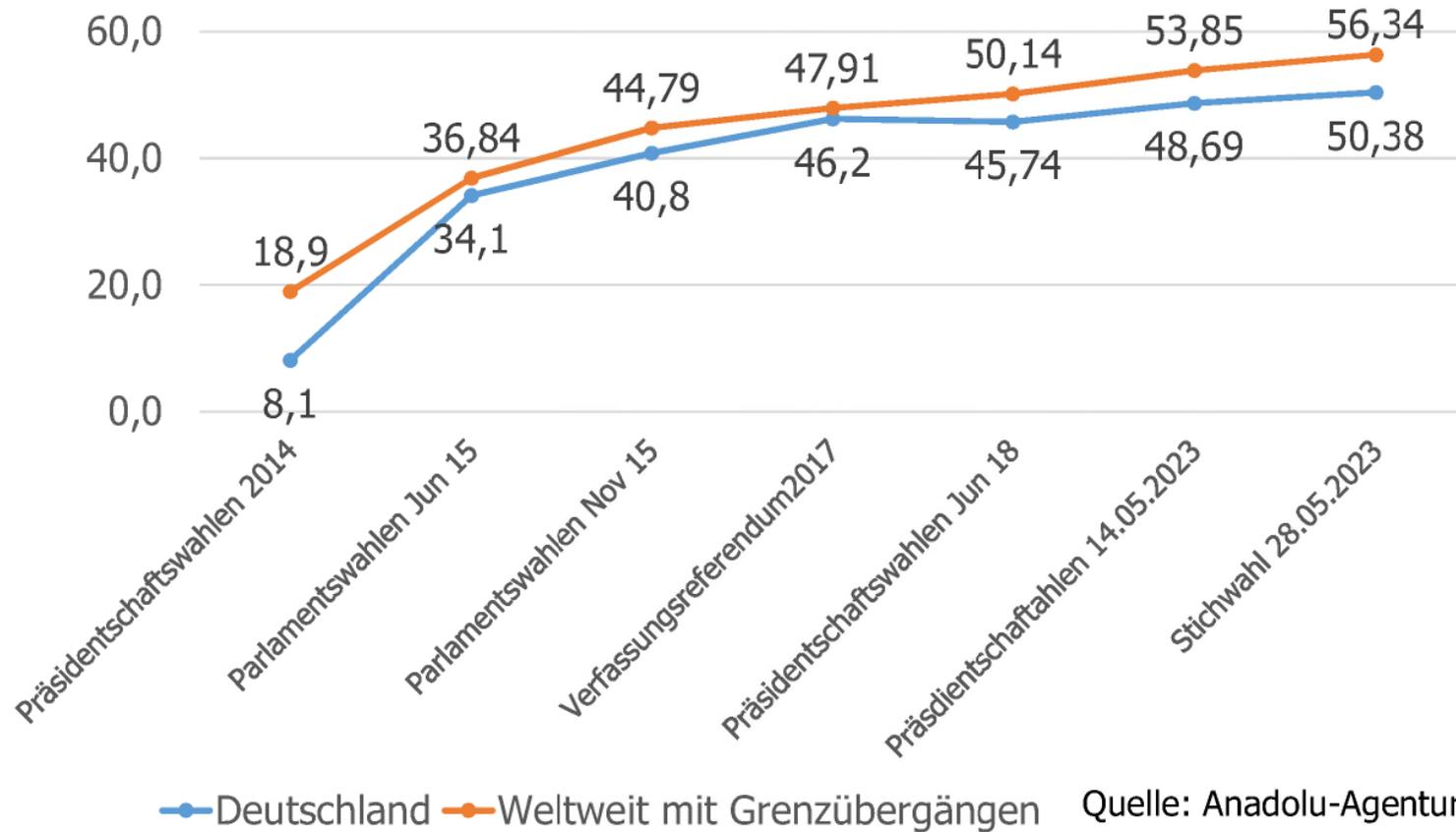
## Vergleich 14. Mai\* und Stichwahl 28. Mai



	In- und Ausland		Nur Türkei		Ausland mit Grenzübergängen	
	14. Mai	28. Mai	14. Mai	28. Mai	14. Mai	28. Mai
<b>Wahlberechtigte in Tsd.</b>	<b>64.145</b>	<b>64.1975</b>	<b>60.722</b>	<b>60.771</b>	<b>3.424</b>	<b>3.426</b>
<b>Wahlbeteiligung in %</b>	<b>87,04</b>	<b>84,15</b>	<b>88,92</b>	<b>85,72</b>	<b>53,73</b>	<b>56,34</b>
<b>Erdoğan, in %</b>	49,52	52,18	49,24	51,91	57,47	59,57
<b>Kılıçdaroğlu, in %</b>	44,88	47,82	45,07	48,09	39,57	40,43
Quelle: Hohe Wahlkommission der Republik Türkei						

\*Die Ergebnisse der beiden ausgeschiedenen Kandidaten Ince und Oğan wurden nicht berücksichtigt

## Entwicklung der Wahlbeteiligung seit 2014: Deutschland und weltweit, in Prozent

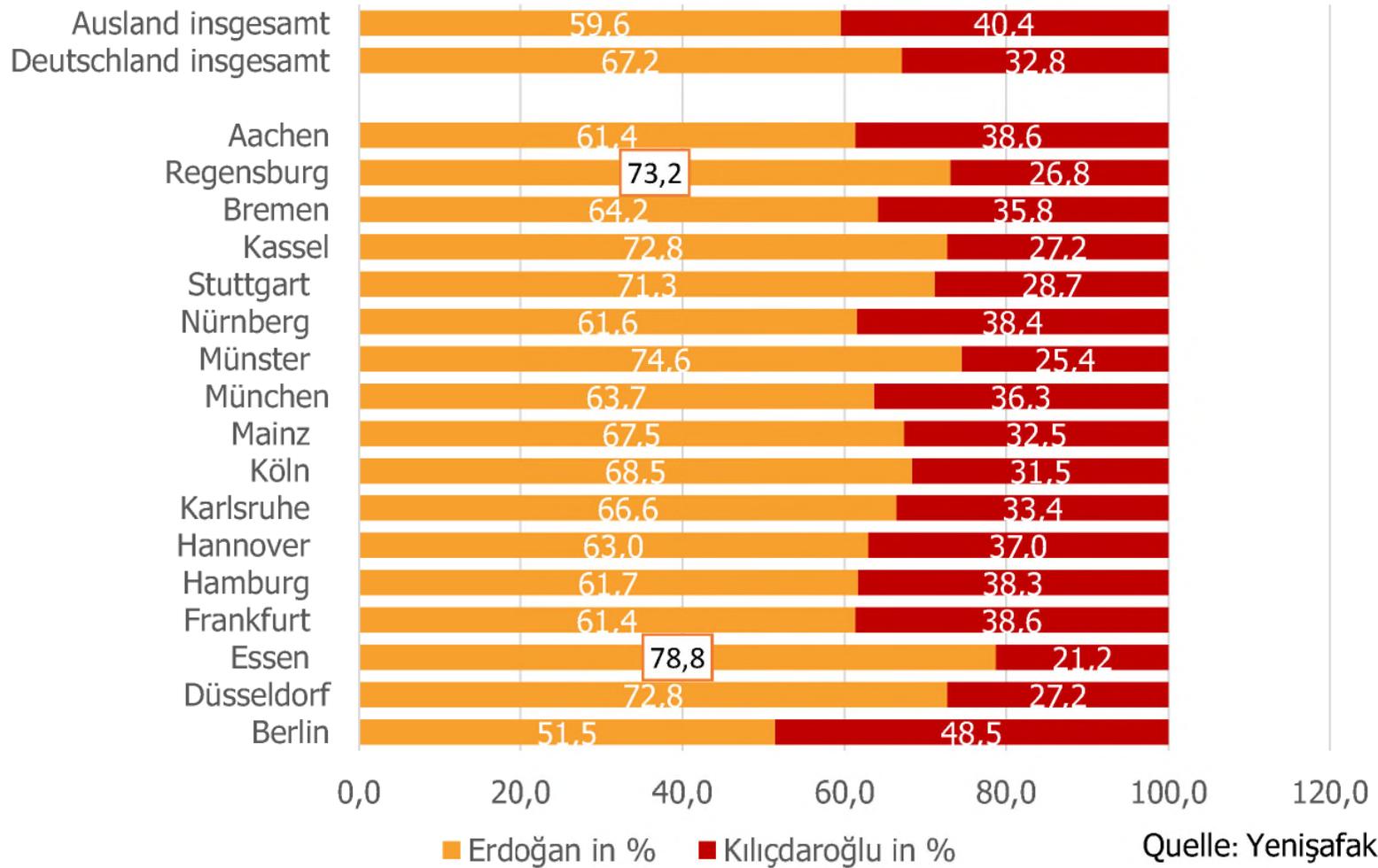


## Ergebnisse der Stichwahl nach ausgewählten Ländern, in Prozent



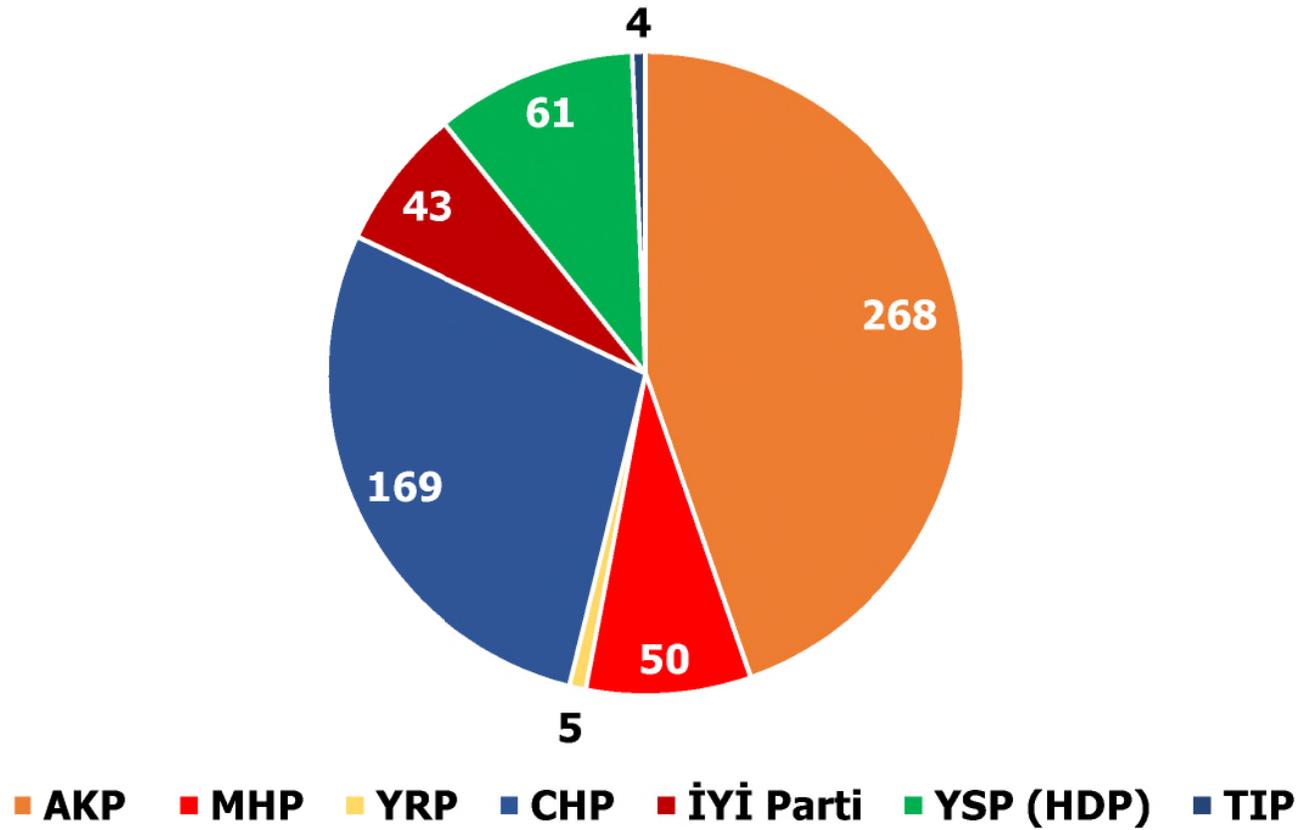
	Wahlbeteiligung	Erdoğan	Kılıçdaroğlu
<b>Weltweit insgesamt</b>	<b>56,34</b>	<b>59,57</b>	<b>40,43</b>
Darunter			
<b>Deutschland</b>	50,38	<b>67,22</b>	32,78
Frankreich	51,87	<b>66,77</b>	33,23
Holland	54,90	<b>70,59</b>	29,41
Belgien	59,40	<b>74,70</b>	25,30
Großbritannien	53,28	19,62	<b>80,38</b>
Österreich	58,85	<b>73,85</b>	26,15
Schweiz	62,54	42,96	<b>57,04</b>
Schweden	33,24	47,02	<b>52,98</b>
Russische Föderation	33,22	43,55	<b>56,45</b>
VAE	63,46	35,28	<b>64,72</b>
USA	41,30	17,33	<b>82,67</b>
Kanada	56,94	19,17	<b>80,83</b>
Quelle: Anadolu-Agentur			

## Ergebnisse der Stichwahl nach Generalkonsulatsbezirken, in Prozent



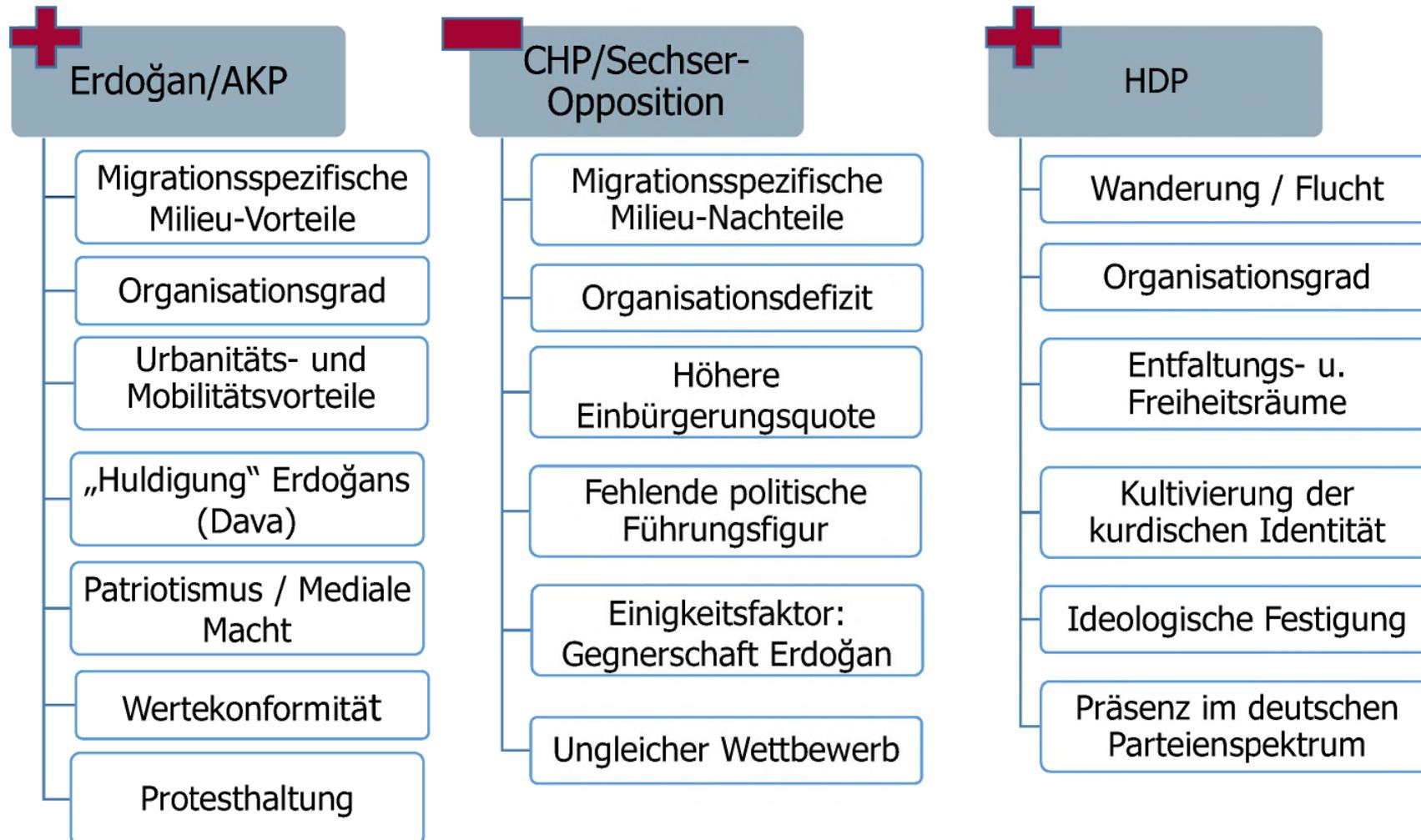


## Ergebnisse der Parlamentswahl



Quelle: Hohe Wahlkommission der Republik Türkei

## Wahl- und Beteiligungsmotive der Türkeistämmigen: Erklärungsansätze



## Konfliktlinien der transnationalen politischen Orientierung



- Die Parteinahme für autoritäre Politik in der Türkei erschwert die politische Partizipation in Deutschland, vor allem die der konservativ-religiösen Milieus
- Daraus entstehende Intragruppenkonflikte verhindern die Vertretung gemeinsamer Interessen, trotz gemeinsamer Betroffenheit
- Re-Nationalisierung und Re-Islamisierung verstärken ethnisch-kulturelle und religiös-weltanschauliche Konflikte
- Auseinanderdriften säkular-urbaner Eliten und traditionell-religiöser Milieus

**Keine ungebrochene Reflektion:  
Intergenerationaler Wandel, Diskriminierungserfahrung**

## Empfehlungen an die Politik



- Beachten, dass das Votum für Erdoğan aus spezifischen Migrationsfaktoren gespeist wird
  - ➔ und mehr über das soziale Milieu, als den Integrationsstand sagt
- Kritik an der Entwicklung in der Türkei nicht mit Generalverdacht gegenüber Türkeistämmigen vermischen ➔ **Marginalisierung wirkt kontraproduktiv**
- Bedenken, dass die kritische deutsche Gegenöffentlichkeit und die Erdoğan-Anhängerschaft auf eigenen Wahrheitsinseln verharren
- Reflektieren, dass Identifikation in superdiversen Gesellschaften („additiv“) als „Sowohl-als-auch“ und nicht als „Entweder-oder“ stattfindet
- Verstehen, dass Sozialintegration (Interesse an deutscher Politik) Interesse an Herkunftslandpolitik befördert

**Politische Integration marginalisierter Gruppen als Herausforderung**